

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Veröffentlichungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementspreis pro Quartal M. 2 (ohne Postgeb.) bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß der Redaktion: Montag mittags 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 % für die dreigespaltenen Petitzeile oder deren Raum berechnet

Die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Konsumenten.

Es ist durchaus wünschenswert, daß alle jene Einrichtungen, die während des Krieges zum Schutze der Konsumenten gegen die Hebermacht der Produzenten und Händler getroffen worden sind, auch in die Friedenszeit mit hinübergenommen und weiter ausgebaut werden. Neberhaupt liegt es im Interesse der großen Masse unseres Volkes, daß alle volkswirtschaftlichen Maßnahmen mehr auf die Bedarfsdeckung als auf den Gelderwerb zugeschnitten werden. Der Grundfah, der zu Beginn des Krieges geprägt wurde: „Es kommt in erster Linie darauf an, daß das deutsche Volk mit Lebensmitteln versorgt wird, das Gewinnmachen kommt erst in zweiter Linie!“, dieser Grundfah einer bewußten und planmäßigen Konsumtenpolitik muß zur Richtschnur unseres Tun und Lassens werden. Es darf nicht mehr, wie es vor dem Kriege Brauch war, bei jeder Gelegenheit dafür gejornt werden, daß Produzenten und Händler unerschwingbare Preise gewährt werden ohne Rücksicht darauf, ob die Konsumenten sie auch zahlen können; es muß vielmehr alles getan werden, um die Masse der Konsumenten unabhängig zu machen von den Lieferanten. Da es leider nicht möglich ist, jeden Verbraucher zu einem Selbstversorger zu machen, so müssen andere Mittel und Wege gefunden werden.

Die weitestgehende Forderung, die in dieser Beziehung aufgestellt werden kann, ist die, daß der Staat, als die größte und stärkste menschliche Organisation, die Gütererzeugung und Güterverteilung selbst in die Hand nehmen sollte. Der richtig verstandene Staatssozialismus, der in der Kriegszeit viele Anfänge und eifrige Verehrer gefunden hat, läuft darauf hinaus, daß die Bedarfsdeckung nicht mehr in den Händen der einzelnen Menschen oder Gruppen belassen werden soll, die daraus ein Mittel gemacht haben, Geld zu verdienen und Kapital aufzubauen, sondern daß der Staat nach einem bestimmten Plane und nach logischen Rücksichten das Wirtschaftslieben vergesellschaften soll. Es mag dahingestellt bleiben, ob dieses Ideal in dem Umfange, in dem es gedacht ist, verwirklicht werden kann oder ob eine Dezentralisation der wirtschaftlichen Aufgaben vorzuziehen ist, jebell steht aber wohl fest, daß die völlige Vergesellschaftung unserer Gütererzeugung und Güterverteilung nur nach und nach zu erreichen ist. Darum stellt ein Realpolitiker die durchführbare Forderung auf, daß zunächst nur die Beschaffung selbst in unter Bedarfsgegenstände in dem Staate übertragen werden soll. Wie schon heute der Staat allgemeine Bedürfnisse wirtschaftlicher und geistiger Art in eigener Regie befriedigt — wir erinnern nur an die Verkehrseinrichtungen und Bildungsanstalten —, so muß er seine wirtschaftliche Tätigkeit noch erweitern, wobei zunächst an die Übernahme der Bergwerke, der Rüstungsindustrie, der Zigarren- und Zigarettenfabrikation, der Elektrizitätsindustrie u. a. gedacht wird. Allerdings muß hierbei nicht nur das Interesse der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter, sondern auch das der Verbraucher gewahrt und eine Ausnutzung zu finanziellen Zwecken vermieden werden. Das setzt natürlich voraus, daß der Staat mit sozialer Güte erfüllt ist und daß die Volksmassen einen maßgebenden Einfluß ausüben imstande sind. Hier werden sich zahlreiche Probleme auf, die in diesem Zusammenhang nicht erörtert werden können.

Neben und in dem Staate haben die Gemeinden mancherlei wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen: der Staatssozialismus soll durch den Gemeindefortschritt ergänzt werden. Schon heute entwickeln viele Gemeinden, durch die Kriegszeit gedrängt, eine umfangreiche Tätigkeit zum Wohle der Bevölkerung, und es ist kein Grund einzusehen, weshalb sie diese segensreiche Tätigkeit nicht Vermeidung des Krieges nicht weiter fortsetzen und ausbauen sollten. Es gibt so viele wirtschaftliche Gebiete, die von den Gemeinden in Angriff genommen werden sind und noch in Angriff genommen

werden können, um die Bewohner mit den notwendigen Lebensmitteln zu versorgen. Die Versorgung mit Wasser, Gas und Elektrizität gehört schon heute unbestritten zu den kommunalen Aufgaben, darüber hinaus aber haben die Gemeinden auch noch die Pflicht, für die Verdrückung weiterer Massenbedürfnisse ihrer Einwohner zu sorgen. Wir denken da vor allem an die Beschaffung von Milch, Brot, Fleisch, Gemüse, Kartoffeln usw., die entweder in eigenen ländlichen Betrieben erzeugt werden können oder die im großen von ländlichen Genossenschaften bezogen und an die Verbraucher verteilt werden. Wenn dies geschieht — und es ist kein Grund einzusehen, weshalb es nicht geschehen sollte —, so wird dadurch ein heilsamer Druck ausgeübt auf die Produzenten, und zahlreich Händler werden ausgegalltet. Es kommt ja stets darauf an, daß der Weg zwischen dem Erzeuger und dem Verbraucher der Weg möglichst abgekürzt und dadurch die Ware selbst verküffelt wird. Das ist aber nur dann möglich, wenn eine Gemeinde entweder selbst die Waren herstellt oder sie insolge ihrer Zahlungsfähigkeit und ihres großen Bedarfs preiswert einzukaufen vermag und an Zwischenhändler part. Auf diese Weise vermögen die Gemeinden, die sich, wenn es angebracht erscheint, auch noch zusammen tun können, auf die Warenpreise zu drücken und die Kleinherstellung der Produzenten und Händler zu brechen.

Neben der staatlichen und kommunalen Selbstversorgung hat sich in den letzten Jahren die genossenschaftliche Selbstversorgung in ganz ungeahnter Weise entwickelt. Was die Konsumgenossenschaften in den ersten Monaten des Krieges zum Wohle ihrer Mitglieder geleistet und wie tatkräftig sie dem Lebensmittelwucher und der Preistreiberie entgegengegriffen haben, ist allgemein bekannt und anerkannt. Als die Produzenten und Händler die Lage anzukommen suchten und die Angst des Publikums zu ihrem Vorteil mißbrauchten, blieben die Konsumvereine soweit als möglich bei den bisherigen Preisen und tugen dadurch zur Beruhigung des Publikums sehr viel bei. Und auch im weiteren Verlaufe des Weltkrieges haben sie sich, soweit ihnen dies unter den verwickelten Schwierigkeiten noch möglich war, als Preisregulatoren aufs beste betätigt. Aber auch in normalen Zeiten verfolgen die Konsumgenossenschaften planmäßig und in großer Ausdauer die Beschaffung der Waren selbstständig zu machen und sie von der Handerschaft, in der sie sich gegenüber den Produzenten und Händlern befinden, zu befreien. Daß sie hierbei bereits rühmliche Erfolge erzielt haben, läßt sich nicht bestreiten.

Die genossenschaftliche Selbstversorgung beruht auf zwei Pfeilern, der Zusammenfassung der einzelnen Kaufkräfte zu einer Einheit und der Erzeugung der Bedarfsgegenstände in eigenen Betrieben. Befamlich ist der einzelne Käufer machtlos und muß den Preis bezahlen, den ihm Produzenten und Händler abfordern. Schließt er sich aber mit Seinesgleichen zu einer Konsumgenossenschaft zusammen, so verliert er dadurch seine Kaufkraft, und die zahlreich geprüfferten Einkaufskräfte werden zu einer Maffenkraft und so zu einer Macht, mit der die Besitzer der Waren rechnen müssen. Es ist doch sicherlich ein himmelweiter Unterschied, ob eine Arbeiterfrau zu einem Krämer geht und dort allwissentlich für ein paar Mark Waren kauft, oder ob die Frauen eines Ortes gemeinschaftlich im großen einkaufen. Der Leiter einer Genossenschaft, der auf einem Brett 1000 Sak Mehl und 500 Sak Kaffee kauft, kann viel billigere Preise erzielen als eine Frau, die ein Bund Mehl und ein halbes Pfund Kaffee kauft. In dem großen Einkauf liegt die Möglichkeit des billigen Einkaufs, und wenn sich dann noch die verschiedenen Genossenschaften einer gemeinsamen Zentrale, der Großeinkaufsgesellschaft, anschließen und gemeinsam die Waren beziehen, dann können sie preiswert einkaufen und wieder preiswert verkaufen. Die Möglichkeit dieser Behauptung wird durch die Erfahrung tagtäglich erwiesen: die Großeinkaufsgesellschaft löst einen Druck aus auf die Produzenten und Großhändler, und die Genossenschaften in den einzelnen Orten zwingen die Kleinhändler, die Preise

in möglichen Grenzen zu halten, damit sie konkurrieren können. So wird die Macht der Produzenten und Händler immer mehr geschwächt und die der Konsumenten gestärkt.

Eine weitere Steigerung dieser Macht und dieses Einflusses wird dadurch herbeigeführt, daß die Konsumvereine und die Großeinkaufsgesellschaft immer mehr zur Eigenproduktion übergehen, indem sie einen stets wachsenden Teil ihres Bedarfs in eigenen Wirtschaftsbetrieben herstellen. Schon heute betreiben viele Genossenschaften Mädereien und Schlfabzereien und die Großeinkaufsgesellschaft stellt Seife, Zigaretten, Zeigwaren usw. in eigenen Fabriken her. Diese Eigenwirtschaft läßt sich ohne Zweifel noch ungemein ausdehnen, und wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird die Genossenschaftsbewegung nach dem Kriege eine beständig zunehmende wirtschaftliche Tätigkeit entwickeln. Dadurch tritt sie mit den Produzenten in einen Wettstreit und zwingt sie, zu normalen, angemessenen Preisen zu verkaufen.

Alles in allem genommen, dürfen wir wohl sagen, daß die Hebermacht der Produzenten und Händler ins Wanken gerät, wenn sich die Konsumenten ihrer Macht als Käufer bewußt werden und sich durch staatliche, kommunale und genossenschaftliche Selbstversorgung ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit erkämpfen.

Die Arbeitslosenversicherung nach dem Kriege.

Wenn auch zurzeit das Ende des Krieges noch nicht sicher abzusehen ist, so ist es doch keineswegs verfrüht, sich ernsthaft mit den kommenden Friedensproblemen zu beschäftigen. Soweit diese einen wesentlichen Teil der Ueberführung unserer Volkswirtschaft aus dem Krieges- in den Friedenszustand bilden, wie bei der Arbeitsvermittlung, haben die deutschen Gewerkschaften der Gesehung bereits im März vorigen Jahres ihre Forderungen unterbreitet und deren Verwirklichung in der Organisation des Arbeitsnachweises wenigstens grundsätzlich erreicht.

Bei der Arbeitslosenversicherung handelt es sich zwar zunächst ebenfalls um eine Uebergangsmahnahme vom Krieg zum Frieden, das heißt es gilt darüber hinaus Dauerndes zu schaffen, das seinen Wert im kommenden Frieden erreicht. Für den Uebergang würden zur Not die von Reich, Staat und Gemeinden während des Krieges getroffenen öffentlichen Fürsorgeeinrichtungen im Zusammenwirken mit der Arbeitslosenunterstützung der Gewerkschaften ausreichen, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß die Gemeinden lückenlos und in wirksamem Maße als Helfer ihre Pflicht erfüllen. Die gewerkschaftlichen Beschäftigten haben ergeben, daß zahlreich Gebiete vollständig versorgt haben und selbst Großfabrikverwaltungen den bestmöglichen Vorrat nicht scheuten, die Arbeitslosen der eigenen Not und der privaten Hoffbarkeit überlassen zu haben. Vor allem aber entzogen sich die kleineren Stadt- und Landgemeinden ihrer Fürsorgepflicht, und weder die Staats- noch die Reichsunterstützung haben ihr soziales Gewissen geschärft, weil diese Subventionen immerhin gemeindliche Aufwendungen voraussetzen, die sie auch im geringsten Umfange sparen wollen. Es bedurfte nicht erst der Lebensmittellenteuerung, um wahre Abgründe sozialer Bewußtlosigkeit zu enthüllen. Auch der Mückstand der Kriegserwerbslosenfürsorge ist bereits zum öffentlichen Skandal geworden.

Die deutsche Arbeiterkraft erwartet aber nach dem Kriege weit mehr als schmächtige Fürsorgemaßnahmen. Sie will ein Vaterland haben, in dem es sich wohl fühlen läßt, und dazu gehört nicht zuletzt die Sicherheit vor dem Verhungern. Die Wunden, die der Krieg geschnitten, werden heilen. Industrie und Handel werden sich neu entfalten und ihre alten Abgabebiete wiedererobern, vielleicht auch neue dazu. Aber selbst die günstigste Entwicklung kann die Arbeiter nicht vor der Gefahr der Arbeitslosigkeit verschonen, die schon vor dem Kriege erschreckende Opfer forderte. Die organisierte Arbeiterkraft hat an Selbsthilfe das Menschennögliche geleistet und unzulänglich Einrichtungen zur Arbeitslosenunterstützung geschaffen. Ihre Kräfte werden nach dem Kriege insolge des zu erwartenden schlimmen Uebergangsstadiums völlig



Arbeitslosenstatistik des Deutschen Bauarbeiterverbandes für den Monat Februar 1916.

Table with multiple columns: Landesteile, Mitglieder am Schlusse des Monats, Im Laufe des Monats arbeitslos gemeldet, Arbeitslose sind, Arbeit erledigt, Am Monatschlusse blieben arbeitslos. Rows list various regions like Ostpreußen, Westpreußen, Posen, etc.

In 842 Zweigvereinen meldeten sich im Februar unter 76 629 Mitgliedern 6518 Arbeitslose. Auf das Tauwend der erfahren Mitglieder entfielen danach 85 Arbeitslose, im Januar 63 Arbeitslose. Am Schlusse des Februar blieben 3878 Mitglieder oder 51 vom Tauwend arbeitslos, im Januar 26 vom Tauwend. Die Arbeitslosigkeit war somit etwa um ein Drittel größer als im Monat zuvor.

ist dadurch der im Januar eingetretene Rückgang und auch der Grund vom Dezember 1915 hergeleitet. Sie auf 100 kalendermäßige Arbeitslage errechnete Arbeitslosigkeit ist etwas geringer als im Januar. Auf die 25 Bezirke des Monats entfielen 1,1 Arbeitslose pro Tag.

Table showing statistics for various regions (Landesteile) including Ostpreußen, Westpreußen, Posen, etc., with columns for members and unemployed workers.

summen. Injere Kollegen ermahnen wir dringend, darauf zu achten, daß nicht durch die Verfestigung der Arbeitslosigkeit die sehr vernünftige Reform zu einem sozialen Schaden für die Arbeiter wird.

Friede im Berliner Baugewerbe.

In der vergangenen Woche hat auch der Verband der Baugeschäfte vom Berlin den Vereinbarungen zugestimmt, die wir im letzten „Grundstein“ mitgeteilt haben. Damit ist im Berliner Baugewerbe der Friede bis auf weiteres gesichert.

Gegenjüher.

Unter der Ueberschrift „Australien, das Arbeiterparadies“ brachte die „Deutsche Arbeiterzeitung“ in einer ihrer ersten Nummern dieses Jahres eine Mitteilung, die zeigt, daß man dort selbst in der Zeit des Bürgerkriegs keine Nummer in die Zeit hinausgehen lassen kann, ohne zu hehnen. Die Mitteilung lautet:

„In einem sozialdemokratischen Organ finden wir die Nachricht, daß der Südpazifische Handel eine geplante Expedition verjochen hat, weil ein Arbeiterstreik in Sidney die Ausreise gegenwärtig unmöglich macht. Dabei ist erstens interessant, daß in dem gelobten Lande Sozialistischer Arbeiterzeitung nicht einmal unter den gegenwärtigen Zeitumständen die Streiks aufhören, und zweitens mag auf den eigentümlichen Kommentar hingewiesen werden, mit dem das deutsche sozialdemokratische Blatt diese Nachricht begleitet. Es sagt nämlich den Stoffjüher hinzu: „Glückliches Australien, in dem man noch streiken kann!“ Ja, um dieses Glück sind wir armen Europerer verjünftig gekommen. Aber wenn der Krieg nichts Schlimmeres mit sich bringt, wollen wir ihn gern ertragen!“

So die „Deutsche Arbeiterzeitung“. Es jucht die Mär vom der „sozialistischen“ Regierung in Australien wieder aufzuwärmen, obwohl doch die australische Regierung aus Arbeiterparteiern besteht, die größtentheils Gegner des Sozialismus sind und die jurgelt einen richtigen Selbstbewußtsein in ihrem Lande wohnenden Sozialisten jüchten. Wir haben alle Ursache, zu bezweifeln, daß es dem Blatt so ganz ernst ist mit seinem Vorhaben vor dem Streik, denn wir erwarten in dieser Hinsicht von ihm noch die erste Heuerung gegen die Streiks der Unternehmer und verwandter Berufsgruppen. Die „Arbeiterzeitung“ verjachtet nur die Streiks der Arbeiter, und zwar so sehr, daß ihr deren zeitweiliges Aufhören den Krieg leichter tragen jüßt. Wir glauben ihr das sehr gern; denn es liegt wohl zum großen Teile daran, daß der Krieg die Lage jener Bevölkerungsjüher, die ihre Vertretung in der „Deutschen Arbeiterzeitung“ jüchen, nicht verschlechtert, sondern zum Teil sogar verbessert hat, während er die Lage der Arbeiterklasse, die wir vertreten, verschlechtert hat. Wir jallen den Streik an sich für sein Glück; wenn wir aber die Wahl haben zwischen Streik und Krieg, so jallen wir im Gegenjuch zur „Arbeiterzeitung“ den größten Streik für einen Glückjuch gegenüber dem letzten Krieg. Wir jtimmen also in dieser Beziehung dem nicht genannten „sozialdemokratischen“ Organ zu, wenn es Australien glückjuch nennt.

Eine Gefährdung der Arbeiterinteressen

Nicht das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ in der Entwicklung der Differenzen in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Die Abjühterung der 18 Parlamentarier von der Mehrheit der Fraktion besteht nichts mehr und nichts weniger, als daß sie die Wiederherstellung der Einigkeit innerhalb der sozialdemokratischen Partei, für die durch die Steuervorlagen wieder eine jüchtige Hoffnung vorhanden habe, nicht wollen, sondern jüchne und absichtlich verhindern jüchten. Darin liegt das Besondere des ganzen Vorganges. Weil aber die Dinge so liegen, deshalb werde es auch verjücht, daß, den jüchne, daß aus dem Gewerkschaftsbewegung fernhalten zu wollen. Das Blatt sagt dann wörtlich: „Das Interesse der gesamten Arbeiterbewegung an der weiteren Entwicklung liegt namentlich auf zwei Gebieten. Einmal darin, daß aus dem Verhalten der sozialdemokratischen Minderheit die politische Reaktion jüchne, die politische Reaktion ist aber mit der sozialpolitischen gleichbedeutend. Erhoffen die Gewerkschaften aus der bisherigen Entwicklung mit Recht eine Verbesserung ihrer öffentlich-rechtlichen Stellung, so wird die Reaktion aus dem Verhalten der sozialdemokratischen Minderheit jüchne, für das Widerwärtigen veralteter Vorurteile und anjüchne bereit besetzten Minderheiten entscheiden. Ferner aber muß jeder Streik in der zahlenmäßig ohnehin so geschwächten Gewerkschaftsbewegung jüchne verhängnisvoller denn je werden. Worauf die Organisationen der Arbeitgeber abjüchten, das beweist das

Die Veränderung der Tageszeit.

Nach einem Beschlusse des Bundesrates werden am 1. Mai in ganz Deutschland die jüchne um eine Stunde verjücht. Es jell von diesem Zeitpunkt an nicht mehr die mittlere europäische Zeit jüchne, die in Deutschland durch das Reichsgesetz vom 12. März 1893 eingeführt ist, sondern die mittlere Sonnenzeit des 30. Längengrades jüchne, von Greenwich. Am 1. Oktober jollen die jüchne wieder um eine Stunde zurückgestellt werden. Für diese Reform ist schon seit Jahren von Sozialpolitikern und Jüchne aus Industrie und Handel Stimmung gemacht worden. Durch den Krieg sind nun diese Bestrebungen mit einem Schlage verwirklicht worden. Die gleiche Maßnahme hat die französische Regierung für Frankreich angeordnet, auch in jüchne diese die Änderung zurückgeführt werden, und in der Schweiz wird ebenfalls über diese Frage verjüchne. Der Zweck der Maßnahme ist die Gewinnung einer Stunde Tageslicht. Die Arbeit joll morgens eine Stunde früher beginnen und abends eine Stunde früher zu Ende sein. Die Menschen jollen eine Stunde früher aufstehen und eine Stunde früher zu Bett gehen. Durch diese Maßnahme werden riesige Summen für Beleuchtung erspart, nach einer ungenügenden Schätzung in Deutschland auf 20 Millionen Mark. Das ist erklärl, da nicht nur die Privat Haushalte eine Stunde weniger Licht zu jüchne brauchen, sondern auch viele kaufmännische Geschäfte, industrielle Anlagen, die Gaswerkjüchne und jüchne, der Staat auf seinen Bahnen und jüchne, die Städte auf den Straßen usw. gewaltig an Beleuchtung sparen. Diese Maßnahme bedeutet auch eine Förderung der Gesundheit. Das Tageslicht ist für die Augen jüchne als künstliches Licht, und an den heißen Sommerjüchne ist die Arbeit anjüchne, jüchne Morgen angenehmer als am jüchne Nachmittage, und dem jüchne jüchne. Viele Menschen jüchne jüchne eine Stunde jüchne, um sich abzuholen nach dem Tageslicht und Ruhe im jüchne zu erjüchne. Für die Arbeiter bringt die Veränderung der Zeit jüchne auch eine jüchne mit sich, nämlich die Gefahr, daß ihnen unverjüchne Unternehmer die Verjüchne der Arbeitszeit

Table with columns: Monat, Arbeitslose waren, Arbeitslosenquote. Rows list months from January to February 1916.

Am Februar dieses Jahres war die Arbeitslosigkeit noch nicht halb so groß wie vor einem Jahre. Während aber im Februar vorigen Jahres, namentlich am Schlusse des Monats, die Abnahme der Arbeitslosigkeit begann, haben wir in diesem Jahre eine merklliche Zunahme. Es



